Vergabeverfahren

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

nach GWB und VSVgV

„Planung Industriebau"

für das Projekt

„Aufbau Kompetenzzentrum KETTE (St. Wendel)"

Anlage zur Bewerbergemeinschaftserklärung

Vergabenummer:	**26E09301/05**
Auftraggeber:	Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch:	das Bundesministerium der Verteidigung, dieses vertreten durch das Referat OBB23 – Bundesbau – im Ministerium für Inneres, Bauen und Sport Saarland, dieses vertreten durch das Landesverwaltungsamt – Staatliche Hochbaubehörde
Vergabestelle:	Landesverwaltungsamt Staatliche Hochbaubehörde Hardenbergstraße 6 66119 Saarbrücken Deutschland

(Bezeichnung der Bewerbergemeinschaft)

Ich/wir

(Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

gebe(n) als Mitglied der o. g. Bewerbergemeinschaft die nachfolgenden Erklärungen zu dem von dieser Bewerbergemeinschaft abgegebenem (Erst-) Angebot ab:

1. Erklärung zu kleinerem oder mittlerem Unternehmen (KMU)

☐ Ich bin/Wir sind ein kleines oder mittleres Unternehmen – KMU (< 250 Beschäftigte **und** ≤ 50 Mio. Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio. Jahresbilanzsumme).

2. Erklärungen zu Ausschlussgründen nach §§ 123 ff. GWB i.V.m. §§ 23 ff. VSVgV

2.1. Erklärungen zu Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis Abs. 3 GWB, § 23 VSVgV

☐ Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass keine Person aus meinem/unserem Unternehmen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen); § 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen); § 129 b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis

dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

3. § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 1 08e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Ab- geordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels)

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung

Der Ausschreibende kann für Bewerber, die zur Abgabe eines Angebotes in Betracht kommen, entsprechende Auszüge aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

2.2. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB, § 23 VSVgV)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Oder

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in Folge einer rechtskräftigen Gerichts- oder bestandskräftigen Verwaltungsentscheidung mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet habe/haben.

2.3. Angaben zu Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB, § 24 VSVgV

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass folgende Ausschlussgründe nicht vorliegen:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

    a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

    b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

    c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

2.4. Angaben zu Maßnahmen nach § 125 GWB (nur falls einschlägig)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass bei mir/uns nachfolgende Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen:

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir aufgrund der o.g. Ausschlussgründe folgende Maßnahmen im Sinne des § 125 GWB getroffen haben (sog. *„Selbstreinigung"*) und fügen unserem Teilnahmeantrag die entsprechenden Nachweise Dritter hierzu bei:

2.5. Angaben zur Sanktionsverordnung

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014[1] in der Fassung des Art. A Ziff. 15 der Verordnung (EU)) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift durch

a) die russische Staatsangehörigkeit[2] des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

b) die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

c) das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft

aufweise/n gehöre/n.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Personen/Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Personen/Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der im vorherigen Absatz genannten Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

[1] Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.
[2] Betrifft nur den Fall der Bewerbung einer natürlichen Person, nicht den Fall der russischen Staatsangehörigkeit eines Mitarbeiters oder auch des Führungspersonals eines Unternehmens.

☐ Ich/wir bestätige/n und stelle/n sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Personen/Unternehmen als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Personen/Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, eingesetzt werden, die der obigen Vorschrift unterfallen/unterfällt und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Auf die **Hinweise** zu Ziff. 4 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag**, die auch vorliegend gelten, wird verwiesen.

3. Erklärung zur Geheimhaltung und zum Arbeiten in militärisch genutzten Liegenschaften

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Ergänzung der Vertragsunterlagen bei Bauaufträgen in militärisch genutzten Liegenschaften (FB 247 MIL)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Ergänzung der Vertragsunterlagen bei Aufträgen mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz (FB 247 FbT)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Merkblatt für die Behandlung von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD-Merkblatt)** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Verteidigung und Sicherheit** und die damit verbundenen Folgen für die Vertragsausführung sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n).

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir den Inhalt der Vergabeunterlage **Verpflichtungserklärung** zur Kenntnis genommen habe(n) und die daraus ersichtlichen Anforderungen einhalten werde(n). Zudem erkläre(n) ich/wir, dass wir im Zuschlagsfalle für das Projekt nur solche Personen einsetzen werden, welche die in der vorbenannten Vergabeunterlage enthaltenen Erklärungen abgegeben haben.

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir davon Kenntnis genommen habe(n), dass Mitarbeiter, die eine (auch doppelte) Staatsangehörigkeit eines Staates der Vergabeunterlage **Staatenliste** besitzen, grundsätzlich nicht für das Projekt tätig sein dürfen, es sei denn, diese bestehen eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (SÜG) in Form einer erweiterten Sicherheitsüberprüfung (sog. *„SÜ 2"* gemäß §§ 7, 9 SÜG). Im Zuschlagsfall versicher(n) ich/wir, dass ich/wir an diese Vorgaben halten werden.

Die Vergabeunterlage **Staatenliste** stellt die derzeit geltende Staatenliste dar.
Die Staatenliste ist Änderungen unterworfen. Die jeweils gültige Staatenliste kann unter folgender Internetadresse abgerufen werden:

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/staatenliste-para-13-anleitung-sicherheitserklaerung.html

☐ Ich/wir erkläre(n) uns dazu bereit, für den Fall, dass unser späteres (finales) Angebot den Zuschlag erhält, auf Aufforderung des Auftraggebers nur solche Personen für das Projekt einzusetzen, die eine erforderliche Sicherheitsüberprüfung nach dem SÜG absolviert und bestanden haben.

Auf die **Hinweise** zu Ziff. 5 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag**, die auch vorliegend gelten, wird verwiesen.

4. Erklärungen zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung § 25 VSVgV i.V.m. § 122 GWB)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in einem Berufs- oder Handelsregister oder in der Handwerksrolle eingetragen sind oder über eine gültige Gewerbeanmeldung verfügen oder auf anderer Weise die erlaubte Berufsausübung zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen nachweisen.
Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nach geltendem Landesrecht berechtigt bin/sind, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden.
Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

Auf die **Hinweise** zu Ziff. 6 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag**, die auch vorliegend gelten, wird verwiesen.

5. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit § 26 VSVgV i. V. m. § 122 GWB

Mindestjahresumsatz

Hinweis: Die Anforderungen an den durchschnittlichen Mindestjahresumsatz der vergangenen drei (3) Kalenderjahre ist Ziff. 6.2 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag** zu entnehmen.

Für das Leistungsbild:

Fachplanungsleistungen Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12)

Ich/wir habe(n) in den letzten drei (3) Kalenderjahren folgenden jährlichen Umsatz netto mit Leistungen, die mit der zur vergebenden Leistung (o.g. Leistungsbild) vergleichbar sind, erzielt:

Kalenderjahr	**Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Umsätze für Objektplanungsleistungen für Gebäude der KG 300 nach DIN 276:2018-12) netto in EUR**
2025	EUR
2024	EUR
2023	EUR

Falls unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung eine oder mehrere der nachfolgenden Bestätigungen vorlegen:

- entsprechende Bankerklärungen,
- Vorlage von Jahresabschlüssen oder Auszügen aus Jahresabschlüssen,
- eine Erklärung über den Gesamtumsatz und gegebenenfalls über den Umsatz für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand der Ausschreibung ist, höchstens in den letzten drei Geschäftsjahren und nur, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

Berufshaftpflichtversicherung

Geforderte Deckungssumme:	EUR 3.000.000,00 für Personenschäden EUR 5.000.000,00 für Sach- und Vermögensschäden

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir über eine Berufshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden verfügen, die mindestens über die geforderten und o.g. Deckungssummen verfügt.
Der Nachweis[3] incl. Angabe über die Höhe der Selbstbeteiligung im Schadensfall ist dem Teilnahmeantrag beigefügt.

[3] Der Nachweis beinhaltet mindestens das 2-fache der Deckungssumme. Als Nachweis gilt auch die schriftliche Zusage der Versicherung zur Erhöhung der Deckungssumme im Auftragsfall.

Auf die **Hinweise** zu Ziff. 6 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag**, die auch vorliegend gelten, wird verwiesen.

6. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit § 27 VSVgV i. V. m. § 122 GWB

Angaben zu Beschäftigten (einschl. Inhaber/Geschäftsführung)

Geforderte Berufsqualifikation:	Dipl.-Ing./Bachelor/Master (TU/FH) Architekt oder gleichwertig
In dem Leistungsbild:	Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12)

Ich/wir habe(n) in den letzten drei (3) Kalenderjahren die folgende Anzahl an Personen in den Lohngruppen (siehe Leitfaden unter B.IV.3.2.) einschließlich technischem Leitungspersonal im o.g. Leistungsbild beschäftigt:

Kalenderjahr	**Anzahl der Beschäftigten im Rahmen der Erbringung von Objektplanungsleistungen für Gebäude (KG 300 nach DIN 276:2018-12)**
2025	Beschäftigte
2024	Beschäftigte
2023	Beschäftigte

Auf die **Hinweise** zu Ziff. 6 der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag**, die auch vorliegend gelten, wird verwiesen.

7. Weitere Angaben des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft

Ausstattung

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir über die notwendigen Geräte und technischen Ausstattungen nach heute üblichen Standards verfüge und die Mitarbeitenden an diesen Geräten und den technischen Ausstattungen in der erforderlichen Tiefe geschult sind

Projektdatenmanagement

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir das vom Auftraggeber noch vorzugebende Projektdatenmanagement (PDM) zum Daten-, Dokumenten- und Planmanagement anwenden.

Im Übrigen verweisen wir auf die von der Bewerbergemeinschaft in der Vergabeunterlage **Teilnahmeantrag** gemachten Erklärungen.

Datum	Ort	(Name des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

(Vor- und Nachname des zur Abgabe der o.g. Erklärungen vom Mitglied der Bewerbergemeinschaft bevollmächtigten Person sowie deren fortgeschrittene elektronische Signatur oder qualifizierte elektronische Signatur)